Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 25. März 2014

Niederschrift
über die 46. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 19.03.2014
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:15 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	**während**
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	
Herr Wolfgang Hinz	
Frau Juliane Pfeil	bis TOP 6.
Frau Gabriele Weiß	
Herr Hansjoachim Weiß	
Frau Michaele Wohlrab	
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Arndt Fröhlich	
Frau Gabriele Lorenz	
Stellvertretendes Mitglied	
Herr Wolfgang Alboth	Vertretung für Herrn Rainer Maria Kett, bis TOP 6.
Frau Yvonne Gruber	Vertretung für Herrn Steffen Zenner

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Rainer Maria Kett	entschuldigt
Herr Steffen Zenner	entschuldigt
Beratendes Mitglied	
Herr Oliver Bittmann	unentschuldigt
Herr Uwe Gerald Geisler	unentschuldigt

Frau Heike Pietschmann entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Grasse	FBL Zentrale Dienste	bis TOP 2.1.
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Helbig	FBL Sicherheit u. Ordnung	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	gesamte Sitzung
Herr Schäfer	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	bis TOP 6.
Herr Giering	FGL Bauordnung	öffentl. Teil
Herr Hofmann	FGL Stadtentwicklung/Stadtplanung	öffentl. Teil
Herr Pöcker	FGL Brandschutz	öffentl. Teil
Frau Karliner	FGL Personal/Org.	gesamte Sitzung
Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	öffentl. Teil
Frau Kramer	Controlling	gesamte Sitzung
Frau Spranger	Controlling	gesamte Sitzung
Frau Winkler	Denkmalpflege	öffentl. Teil
Frau Groß	Denkmalpflege	öffentl. Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Rico Kusche	Initiative Plauen ab TOP 3.
Herr Bernd Deliga	zu TOP 2.1.
Herr Wolf-Peter Lorenz	zu TOP 2.1.
Frau Birgit Metscher	zu TOP 2.1.
Frau Dähn	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Frau Kaiser	Freie Presse – öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Beantwortung von Anfragen
2. Vorberatung
2.1. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin als Stellvertreter
Drucksachennummer 875/2014
2.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Abgabe der Funktion der Unteren Bauaufsichtsbehörde an den Vogtlandkreis, Reg.-Nr. 263-14 - Stellungnahme der Verwaltung
2.3. Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Abgabe der Funktion der Unteren Denkmalschutzbehörde an den Vogtlandkreis, Reg.-Nr. 264-14 - Stellungnahme der Verwaltung
2.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Abgabe der Beteiligung am Rettungsdienst durch die Berufsfeuerwehr an den Vogtlandkreis, Reg.-Nr. 265-14 - Stellungnahme der Verwaltung
3. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 46. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Hansjoachim Weiß,

Vorsitzender der CDU-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 46. Sitzung des Verwaltungsausschusses - öffentlicher Teil - wird bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

2. Vorberatung

2.1. Wahl eines Friedensrichters/einer Friedensrichterin als Stellvertreter
Drucksachennummer 875/2014

Herr Grasse, Leiter Fachbereich Zentrale Dienste, bittet, in Anlage 3 der Vorlage, lfd.-Nr. 3, „Bewerbungsunterlagen vollständig“ **ja** einzutragen.
Herr Grasse informiert zum Inhalt der Vorlage.
Er erklärt, dass Mitte vergangenen Jahres der Friedensrichter, Herr Müller, sein Amt niedergelegt hat. Die Wahl erfolgt auf Wunsch von Herrn Schubert, der sich allein nicht in der Lage fühlt das Amt auszufüllen.
Da die Vorstellung der Kandidaten im öffentlichen Teil des Verwaltungsausschusses erfolgt, bittet Herr Grasse, keine personenbezogenen Daten abzufragen.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert die Stadträte zur Verfahrensweise. Die Stadträte erklären ihr Einverständnis, dass die Vorstellung einzeln und in alphabetischer Reihenfolge erfolgt. Im Anschluss können den Kandidaten Fragen gestellt werden.
Oberbürgermeister Oberdorfer weist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen hin.

Nach der Vorstellung von Herrn Deliga und Herrn Lorenz erfolgen keine Anfragen.

Frau Metscher antwortet auf die Frage von Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., dass sie sich aufgrund ihrer Lebenserfahrung, sozialen Einstellung, ruhigen und diplomatischen Vorgehensweise auch bei Konfliktbewältigung für geeignet hält.

Nachdem sich alle Kandidaten vorgestellt haben, werden noch folgende Anfragen gestellt:

Auf die Frage von Herrn Dolata, sachkundiger Einwohner, SPD-Fraktion antwortet Herr Deliga, das er im juristischen Bereich tätig war und auf Erfahrungen im Bankrecht, in Familienrechtsangelegenheiten und bei Schlichtungsverfahren verweisen kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet im Ältestenrat um Information zur weiteren Verfahrensweise.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen wählt einen Friedensrichter als Stellvertreter gemäß §6 Abs. 1 SächsSchiedsGütStG für die Amtszeit von 5 Jahren.

Keine Abstimmung erfolgt.

2.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Abgabe der Funktion der Unteren Bauaufsichtsbehörde an den Vogtlandkreis, Reg.-Nr. 263-14 - Stellungnahme der

Verwaltung

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet den Antragsteller um Ausführungen zum Antrag.

Stadträtin Gabriele Weiß, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, teilt mit, dass sich die Fraktion gestern entschlossen hat, alle 3 Anträge zurückzuziehen. Sie möchte aber hier nicht weiter darauf eingehen.
Persönlich hat die Stellungnahme der Verwaltung Stadträtin Weiß überzeugt. Bei der Antragstellung waren die Kosten im Blick, was sich als falsch erwies.

2.3. Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Abgabe der Funktion der Unteren Denkmalschutzbehörde an den Vogtlandkreis, Reg.-Nr. 264-14 - Stellungnahme der Verwaltung

Zurückgezogen - siehe TOP 2.2.

2.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Abgabe der Beteiligung am Rettungsdienst durch die Berufsfeuerwehr an den Vogtlandkreis, Reg.-Nr. 265-14 - Stellungnahme der Verwaltung

Zurückgezogen - siehe TOP 2.2.

3. Verschiedenes

- Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hat zum Sachverhalt Rettungsdienst Eigenschutz noch folgende Frage, da bei der Beantwortung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf nicht eingegangen wurde.
  Frage: Auch beim Ausstieg aus dem Rettungsdienst würde es bedeuten, dass wir einen Rettungsdienst zum Eigenschutz vorhalten müssen oder hat sich in den letzten Jahren etwas geändert?

  Herr Pöcker, Fachgebietsleiter Brandschutz, nimmt Bezug auf die letzte Verwaltungsvorlage – Ausstieg aus dem Rettungsdienst – und die Diskussion dazu. Eigenschutz begründet sich dadurch, dass die Einsätze der Kameraden nicht ungefährlich sind, bezüglich der Temperaturen entsprechende Schutzkleidung usw. Die Gefahr einer Verletzung während eines Einsatzes bei diesem Ehrenamt bzw. beruflichen Tätigkeit ist sehr groß. Der Gesetzgeber gibt seit 2012 vor, dass in der Ausbildung zum Brandmeister bei der hauptamtlichen Ausbildung die Ausbildung als Rettungssanitäter zwingend vorgeschrieben ist. Durch diese Ausbildung ist es möglich, dass dieser „multifunktionale Feuerwehrmann“ rettungsdienstlich handeln kann, für die eigenen Kräfte sowie für unmittelbar betroffene Bürger bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes.
  Er führt als Beispiel den Brandeinsatz in Chrieschwitz Friesenweg an.

  Oberbürgermeister Oberdorfer spricht seinen Dank an die Kameraden der Berufsfeuerwehr und den Freiwilligen Feuerwehren für diesen Einsatz aus.

  Er bittet Herrn Giering, FGL Bauordnung, in diesem Zusammenhang um fachliche Stellungnahme, ob die Bauaufsicht einschreiten müsste, was Rauchgasentwicklung im Kellergeschoss bei Neubaublöcken betrifft.

  Herr Pöcker richtet sein Wort an die anwesenden Vertreter der Presse. Er macht darauf aufmerksam, dass die Berufsfeuerwehr auf die Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren angewiesen ist. Die Freiwilligen Feuerwehren Neundorf, Jößnitz und Plauen-Stadtmitte waren ebenfalls zum Brandeinsatz im Chrieschwitz. Er bittet, künftig das Ehrenamt entsprechend zu würdigen.

- Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, spricht weiterhin die jüngsten Vorkommnisse und Diskussionen zu „beißenden Hunden“ an. Bereits vor 10 Jahren wurden zu diesem Thema diskutiert. Er hätte gern gewusst, wie die Umsetzung der Polizeiverordnung kontrolliert wird. Er stellt folgende Fragen:
  Was wurde zur Umsetzung der Polizeiverordnung getan?
  Wie viel Mitarbeiter wurden eingesetzt?
  Wie oft erfolgte eine Kontrolle der Hundemarke und Anleinpflicht?
  Wie hoch ist der Anteil gegenüber den „Knöllchen“?

  Stadträtin Juliane Pfeil, SPD-Fraktion, erinnert an die Diskussion vor 3 - 4 Jahren zur Kampfhundeverordnung und fragt nach, ob für die Stadt Regelungspflicht besteht.

  Herr Helbig, FBL Sicherheit und Ordnung, führt aus, dass es ein Gesetz zum Schutze der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden (GefHundG) und eine entsprechende Durchführungsverordnung (DVO GefHundG) gibt. In Sachsen sind nur 3 Hunderassen als gefährlich eingestuft (American Staffordshire Terrier, Bullterrier und Pitbull). Er spricht die Regelungen der Polizeiverordnung, wie Anleinpflicht auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie Maulkorbpflicht in Menschenansammlungen an. Besonders weist er darauf hin, dass Hunde nur führen darf, wer dazu körperlich und geistig in der Lage ist.
  Er merkt weiterhin an, dass sehr viele Hundehalter sich korrekt verhalten. Es gibt auch bestimmte Schwerpunkte, wo sich einige Hundehalter nicht daran halten z. B. Leißnerstraße. Vom Vollzugsdienst sind 2 Mitarbeiter eingesetzt, die sich hauptsächlich um die Hunde kümmern.
  Herr Helbig informiert zum derzeitigen Stand des Vorfalls vergangener Woche.
  Er erläutert in diesem Zusammenhang die Verfahrensweise bei einem Beißvorfall und weist darauf hin, dass für das GefHundG die Zuständigkeit bei der Kreispolizeibehörde liegt. Im Regelfall ergeht von der Polizei eine Meldung an die Kreispolizeibehörde. Diese entscheidet in einer Einzelfallprüfung, ob dieser Hund als gefährlich eingestuft wird. Dann erlässt die Kreispolizeibehörde im Einzelfall entsprechende Bescheide. In der Zwischenzeit ergeht im Regelfall von der Stadtverwaltung (allgemeinenes Polizeirecht) ein zusätzlicher Bescheid, dass für die gesamte Stadt Leinenpflicht besteht.
  Wenn das Fehlen der Steuermarken festgestellt wird, erfolgt eine Meldung an die Steuerstelle.

  Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt Herrn Helbig, eine entsprechende Statistik den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

  Herr Freitag, sachkundiger Einwohner, Fraktion DIE LINKE., erinnert an die Diskussion zur Polizeiverordnung. Bereits damals hatte er darauf hingewiesen, dass sich eine Kontrolle der Umsetzung der Bestimmungen der Polizeiverordnung bezüglich der Anleinpflicht schwierig gestalten wird. Im Stadtgebiet gibt es weniger Verstöße. Auffällige Gebiete sind auch u. a. das Syratal zwischen Poppenmühle und Panzerstraße und das Gebiet bis zum Stadtpark. Er bittet, diesen Bereich in die Kontrollen mit einzubeziehen.

- Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hätte gern eine Information zum Stand KEV und AEP. In der letzten Sitzung des Stadtrates unter TOP Verschiedenes hatte er das Thema angesprochen und gebeten, etwas zur Schadensabwendung zu unternehmen. Dabei nimmt er Bezug auf die Kopie eines Schreibens der KEV, welches er Oberbürgermeister Oberdorfer überreichte. Die KEV schreibt alle Firmen an und stellt sich als kommunaler Papierentsorger dar.
  Für Stadtrat Weiß ist das unfairer Wettbewerb. Er bittet, unsere Geschäftsführerin der AEP zu unterstützen.

  Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass es unser Wunsch war den Standort Klopstockstraße auch nach der Kreisreform zu erhalten. Seines Wissens hat Bürgermeister Täschner zur Stadtratssitzung ausgeführt, dass die AEP sowie die KEV Papier sammeln darf.

Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt Herrn Saßmann, Bereichsjurist, mit der rechtlichen Beurteilung des Schreibens, ob dessen Inhalt Grund einer Beschwerde beim Gesellschafter sein könnte.

- Stadträtin Yvonne Gruber, CDU-Fraktion, informiert, dass am Montag die Stadt Heidenau als erste Stadt überhaupt mit dem Innovationspreis „Kommunovum“ ausgezeichnet wurde. Mit dem in Dresden erstmals vom Justizministerium vergebenen Preis werden innovative Ideen zur Verwaltungsmodernisierung in den Kommunen gewürdigt. Die Stadt Heidenau setzte sich mit einem Projekt zur Vereinfachung der Verwaltung von Kindertagesstätten durch. Stadträtin Gruber möchte die Verwaltung bitten, sich mit der Stadt Heidenau in Verbindung zu setzen und zu erfragen, um welche Vereinfachung es sich handelt.

  Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, führt dazu aus, dass die Stadt Heidenau ein elektronisch gesteuertes Kitaverwaltungssystem eingeführt hat, welches mit unserer Kita-Karte vergleichbar ist - nur in elektronischer Form. Vor der Einführung elektronischer Systeme sollte man abwägen, welches System für welche Größe einer Stadt und für welche Ansprüche geeignet ist. Der Preis ist sicher berechtigt, wenn er zu einer nachweislichen Vereinfachung und Modernisierung in diesem Bereich geführt hat.

- Frau Lorenz, sachkundige Einwohnerin, CDU-Fraktion, fragt nach, ob die 3 Tafeln zur Sanierung Schloßgebiet, zurzeit auf dem Korridor I. OG, Seite Fraktionszimmer, nicht im Foyer aufgestellt werden können.

  Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt Frau Schicker, FBL Bau und Umwelt, sich mit Frau Lorenz, EigB GAV, diesbezüglich in Verbindung zu setzen.

  Frau Schicker merkt an, dass diese Baumessetafeln von Mitarbeitern gestaltet wurden.

- Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, hätte gern gewusst, auf welcher Grundlage im Vorfeld des diesjährigen Plauener Frühlings erstmalig die Auflage an die Initiative Plauen erging, eine genaue Zeichnung im Maßstab 1:500 anzufertigen, in der jeder einzelne Marktstand einzutragen ist.

  Weiter hätte er gerne gewusst,
  - ob es eine Vorschrift oder Richtlinie gibt,
  - ob hauptamtliche Mitarbeiter der Verwaltung bei Stadtfesten jeglicher Art oder bei Festen in Ortsteilen vor Eröffnung die Marktstände abnehmen,
  - wann bzw. müssen Stände generell abgenommen werden und
  - ob die Marktstände zum Ortsteilfest in Jößnitz 2013 von Mitarbeitern der Verwaltung abgenommen wurden?

  Herr Helbig, Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung, wird sich hinsichtlich der Auflage sachkundig machen. Im Rahmen der Marktsatzung werden zu Veranstaltungen Händlerlisten abgefordert und im Regelfall erfolgt bei fast allen Märkten eine Abnahme durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

  Herr Giering, Leiter Fachgebiet Bauordnung, ergänzt, dass ab einer bestimmten Größe die Abnahme von Bühnen oder Zelten durch die Bauaufsicht erfolgt.
  Ebenfalls kann eine Abnahmepflicht mit den Abständen zu anderen Gebäuden in Zusammenhang stehen.

  Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Antwort zu.

- Stadtrat Wolfgang Alboth, SPD-Fraktion, wurde bekannt, dass die Stadt für Arbeiten der Unteren Denkmalschutzbehörde einen Zuschuss von 70 TEUR erhält. Er hätte gern gewusst,

inwieweit man einen Zuschuss für die Untere Bauaufsichtsbehörde erwirken kann? Es handelt sich auch hier um hoheitliche Aufgaben, die durch den Vogtlandkreis zu erbringen wären.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine rechtliche Prüfung zu, ob die Möglichkeit besteht und es durchsetzbar wäre.

- Stadträtin Michaele Wohlrab, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, inwieweit die Karlstraße 14 (Begegnungsstätte) als Wahllokal vorgesehen ist. Sie nimmt Bezug auf einen ihr zugegangen Brief eines Bürgers.

  Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Stadträtin Wohlrab um Übergabe des Briefes oder entsprechender Auszüge. Die Beantwortung wird durch Herrn Kretzschmar, Leiter Fachgebiet Bürgerbüro/Service/Wahlen, erfolgen.

- Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., äußert sich kritisch zur Telefonaktion von Landtagsabgeordneten Heidan zur TED-Umfrage der Freien Presse.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Wolfgang Hinz Stadtrat
Plauen, den 25.03.2014	Plauen, den
Winkler Schriftführer	Hansjoachim Weiß Stadtrat